Erscheint täglich
früh 6½ Uhr

Redaction und Expedition
Johannesgasse 8.
Sprechstunden der Redaction
Vormittags 10—12 Uhr.
Nachmittags 5—6 Uhr.
Für die Rückgabe eingesandter Manuscripte macht sich die Redaction nicht verbindlich.

Annahme der für die nächstfolgende Nummer bestimmten Inserate an Wochentagen bis 3 Uhr Nachmittags, an Sonn- und Festtagen früh bis ½9 Uhr.
In den Filialen für Inf.-Annahme: Otto Klemm's Sortim. (Alfred Hahn), Universitätsstraße 1,
Louis Lösche,
Katharinenstr. 14, part. und Königsplatz 7,
nur bis ½3 Uhr.

Leipziger Tageblatt und Anzeiger.

Organ für Politik, Localgeschichte, Handels- und Geschäftsverkehr.

Abonnementspreis
vierteljährlich 4½ Mk.
In Mk-Leipzig, incl. Bringerlohn 5 Mk., durch die Post bezogen 6 Mk. Einzelne Nrn. 20 Pf.
Belegexemplar 10 Pf.
Gebühren für Extrabeilagen
(in Tageblatt-Format gefalzt)
ohne Postbeförderung 60 Mk.,
mit Postbeförderung 70 Mk.

Inserate 6gespaltene Petitzeile 20 Pf.
Größere Schriften laut unl. Preisverzeichniß.
Tabellarischer u. Ziffernsatz nach höherem Tarif.

Reclamen
unter dem Redactionsstrich die 4gespalt. Zeile 50 Pf., vor den Familiennachrichten die 6gespaltene Zeile 40 Pf.
Inserate sind stets an die Expedition zu senden. — Rabatt wird nicht gegeben.
Zahlung praenumerando oder durch Postnachnahme.

№ 239. Donnerstag den 27. August 1891. 85. Jahrgang.

Amtliche Bekanntmachungen.

Bekanntmachung.

Das 25. Stück des diesjährigen **Reichsgesetzblattes** ist bei uns eingegangen und wird **bis zum 19. September ds. Js.** auf dem Rathhausflure zur Einsichtnahme **öffentlich** aushängen.

Dasselbe enthält:
Nr. 1973. Uebereinkommen zwischen dem Deutschen Reich und Belgien zum Schutze verkappelter weiblicher Personen. Vom 4. September 1890.
Nr. 1974. Handelsvertrag zwischen dem Deutschen Reich und Marokko. Vom 1. Juni 1890.

Leipzig, den 24. August 1891.

Der Rath der Stadt Leipzig.
Dr. Georgi. Krambiegel.

Eröffnung des Sprechverkehrs zwischen Leipzig und Dresden.

Die Fernsprech-Verbindungsleitung **Leipzig-Dresden** ist fertiggestellt und wird am 26. August 7 Uhr Morgens in Betrieb genommen werden. Die Anlage dient zunächst nur zum Sprechverkehr zwischen Theilnehmern an den Stadt-Fernsprecheinrichtungen in Leipzig und Dresden nebst Vor- und Nachbarorten. Die Gebühr für das gewöhnliche einfache Gespräch bis zur Dauer von 3 Minuten beträgt 1 ℳ.

Verzeichnisse der Theilnehmer an der Stadt-Fernsprecheinrichtung in Dresden sind bei dem Kaiserlichen Stadt-Fernsprechamt hierselbst käuflich zu haben.

Leipzig, 24. August 1891.

Der Kaiserliche Ober-Postdirector.
Walter.

Bekanntmachung.

Von dem unterzeichneten Armenamte sollen
Freitag, den 28. August 1891, Vormittags von 9 Uhr ab im Stadthause allhier
verschiedene Gegenstände, als: Möbel, Betten, Wäsche, Kleidungsstücke, Haus- und Küchengeräthe u. A. m., öffentlich versteigert werden.

Leipzig, am 26. August 1891.

Das Armenamt.
Hentschel. Krtzsch.

Gewölbe-Vermiethung.

Im hiesigen Rathhause ist das **Bäckergewölbe Nr. 9 am Markt vom 1. October dis. Jrs. ab gegen einhalbjährige Kündigung anderweit zu vermiethen.**

Miethgesuche werden auf dem Rathhause, 1. Obergeschoß, Zimmer Nr. 8, entgegengenommen.

Leipzig, am 1. August 1891.

Der Rath der Stadt Leipzig.
Dr. Georgi. Krambiegel.

Aerztlicher Bezirksverein Leipzig-Stadt.

Versammlung Montag, den 31. August 1891, Abends 6 Uhr im Saale der I. Bürgerschule.

Tagesordnung: Vereinsangelegenheiten.
Standessachen.
Bericht über den diesjähr. deutschen Aerztetag.
Antrag des Bezirksvereins Leipzig-Land, betr. den obligatorischen Beitritt aller Aerzte zu den ärztl. Bezirksvereinen.
Fortsetzung der in voriger Versammlung begonnenen Debatten.

Dr. Henrici.

Bekanntmachung.

Vom 1. August 1891 an sind die bisher üblich gewesenen **Mahnungen** der freiwilligen Mitglieder, welche mit Strafen im Rückstande sind, in Wegfall gekommen.

Wir machen darauf aufmerksam, daß nach §. 7 Abs. 1 des Statuts die **freiwillige Mitgliedschaft** erlischt, wenn die Cassenbeiträge an zwei aufeinander folgenden Monatsterminen nicht gezahlt worden sind.

Die freiwilligen Mitglieder bleiben zur Zahlung der bis Ende ihrer Mitgliedschaft fällig gewordenen Beiträge verpflichtet.

Leipzig am 24. August 1891.

Die Ortskrankencasse für Leipzig und Umgegend.
Ehwig,
stellv. Vorsitzender.

Gasanstalt II Leipzig-Connewitz.

Schlacke
zur Fehlbodenausfüllung und Wegeherstellung wird billigst abgegeben.

Kaiser Franz Josef und die Prager Ausstellung.

Es ist bekannt, daß Kaiser Franz Josef durch die deutschfeindlichen Kundgebungen der Czechen in Prag sehr verstimmt worden und demgemäß entschlossen war, Prag während der Ausstellung nicht zu besuchen. Hierin scheint seit dem Geburtstage des Kaisers eine Aenderung eingetreten zu sein, da sich bei diesem Anlaß die Anhänglichkeit der Czechen an den Kaiser aufs Neue in erfreulichster Weise bewährt hat. Diese Anhänglichkeit ist aber rein persönlich und sie erstreckt sich nicht so weit, um den Czechen die Nothwendigkeit von Zugeständnissen auf nationalem und politischem Gebiete zur Pflicht zu machen. Die Czechen haben sich daran gewöhnt, auf eigene Hand Politik zu treiben und sich dabei lediglich von ihren nationalen Neigungen bestimmen und beherrschen zu lassen. Die Haupttriebfeder aller ihrer Handlungen auf politischem Gebiete ist der Haß gegen die Deutschen. Oesterreich gilt ihnen als slawischer Staat, und die Slawen können es nach ihrer Auffassung nur mit den Russen und den Franzosen halten, das Bündniß mit Deutschland erscheint ihnen als eine Verirrung, für die ihnen jedes Verständniß fehlt. Ein höchst merkwürdiger Vorgang am Geburtstage des Kaisers, welcher sich auf dem Ausstellungsplatze ereignete, dient zur Beleuchtung dieses eigenthümlichen Verhältnisses: Nachdem die Huldigungen für den Kaiser vorüber waren, begannen die nationalen Kundgebungen. Es wurden czechische Lieder gesungen, und unter diesen fand das „Hej Slovane" den meisten Anklang, weil ihm ein neuer Text untergelegt wurde, der etwa besagt: Wären auch die Deutschen so zahlreich wie die Teufel in der Hölle, auf unserer Seite kämpft Rußland. Wer gegen uns ist, den wird der Franzose empfangen. Und bei dieser Anschreitung war General Ignatiew zugegen, der sich darüber gewiß höchlich gefreut hat. Kurz vorher hatte der Scandal stattgefunden, daß ein russischer Staatsrath Petr als Theilnehmer einer Fahrt von Russen aus Kiew zur Prager Ausstellung im Ausstellungsraum auf der Orgel die russische Hymne gespielt hatte und dafür von den Czechen jubelnd umhergetragen worden war.

Das sind Dinge, die man außerhalb Oesterreichs kaum begreift, die aber in Böhmen sehr wohl verstanden und als die Folgen einer Politik erkannt werden, die zuerst unter dem Ministerium Hohenwart im Jahre 1871 zur Geltung zu gelangen suchte und später unter dem Grafen Taaffe ihre Auferstehung gefeiert hat. Den Czechen fehlt, wie aus dem Mitgetheilten ersichtlich, jedes Verständniß für ihre Stellung innerhalb des österreichischen Staatswesens, ihnen ist der Kaiser von Oesterreich nur der König von Böhmen, welchem die Pflicht obliegt, die czechischen Interessen gegenüber den deutschen Interessen wahrzunehmen, der es sich zur Ehre rechnen muß, die Wenzelskrone zu tragen, damit aber zugleich auf Einbeziehung Böhmens in die österreichische Gesammtpolitik Verzicht leistet. Es ist kaum möglich, unklarere Vorstellungen von den europäischen Verhältnissen zu haben, als sie sich in czechischen Kreisen breit machen. Die Czechen schließen über die österreichisch-ungarische Regierung hinweg Bündnisse mit Rußland und Frankreich, sie kümmern sich nicht um Das, was in Wien und Pest als maßgebend erachtet wird, sie lassen ihrem Haß gegen das Deutschthum die Zügel schießen und vergessen dabei vollständig, daß die Habsburger die Sprößlinge eines alten deutschen Grafengeschlechtes sind. Die Czechen sprechen immer vom böhmischen Staatsrecht und berufen sich dabei auf eine Zeit, welche längst vergangen ist und nie wieder heraufbeschworen werden kann. War der dreißigjährige Krieg, in welchem Böhmen eine so verhängnißvollere Rolle gespielt hat, vielleicht ein Krieg zwischen Slawen und Deutschen? Läßt sich überhaupt aus der ganzen Geschichte Böhmens seit einer Reihe von Jahrhunderten der Beruf der Czechen herleiten, die Führung des Slawenthums in Oesterreich zu übernehmen? Wie vollständig den Czechen jedes Urtheil über geschichtliche Entwickelung mangelt, das haben sie dadurch bewiesen, daß sie die Polen Oesterreichs für ihre Sache zu interessiren suchten. Die Polen sind froh, den Schutz Oesterreichs gegen Rußland zu genießen, und die Czechen wollen ihre überaus günstige Lage, deren sie sich unter österreichischer Herrschaft erfreuen, gegen die russische Despotie vertauschen. Das sind Räthsel, für welche nur der sprüchwörtliche Eigensinn der Czechen die Lösung darbietet. Wenn man in Oesterreich einen absolut unbrauchbaren Menschen bezeichnen will, so fügt man zu den sonstigen Bezeichnungen, die man ihm zu Theil werden läßt, noch das Eigenschaftswort „böhmisches" hinzu. Damit ist der höchste Grad der Verachtung ausgedrückt. Und diese Böhmen — soll heißen Czechen — beanspruchen heute eine Art von politischer und nationaler Führerrolle in Oesterreich! Warum? Weil man ihnen viel zu weit entgegengekommen, weil man ihnen nicht blos den kleinen Finger, sondern sogar die ganze Hand gereicht hat. Graf Taaffe wird es heute bitter empfinden, daß er diese Annäherungen groß gezogen hat, und würde wahrscheinlich viel darum geben, wenn er es ungeschehen machen könnte.

Trotz alledem bleibt Böhmen ein wichtiges Glied der österreichisch-ungarischen Gesammt-Monarchie und Kaiser Franz Josef entschließt sich nur schwer und mit Widerstreben dazu, die Czechen ihre Thorheit und Hartköpfigkeit entgelten zu lassen. Kaiser Franz Josef gehört zu den wohlwollendsten und liebenswürdigsten Vertretern großer Staatswesen, er hat es sehr gut gemeint mit den Czechen, er wollte ihnen Alles gewähren, was man Unterthanen gewähren kann, welche dieses Wohlwollen durch entsprechende Handlungen zu verdienen und auszugleichen bestrebt waren. Aber er hat sich darin schwer getäuscht, denn die Czechen wollen nicht Mitglieder eines großen Ganzen sein, welches sich geschichtlich entwickelt hat, sondern sie pochen auf ihre Nationalität und wollen schrankenlose Freiheit in der Verbindung mit anderen slawischen Nationalitäten haben. Ihnen schwebt als Ideal ein großes Slawenreich vor, welches die germanischen Völker unterdrückt und vernichtet, sie glauben, daß die Zeit gekommen ist, welche alles den Slawen von den Germanen angeblich zugefügte Unrecht wieder gut machen soll. Es ist der Geist der Rache, von welchem sie beherrscht werden, sie fragen nichts nach staatsbürgerlichen Rechten, nichts nach wirthschaftlicher Vervollkommnung, die Errungenschaften von Kunst und Wissenschaft haben für sie nur so weit Werth, als Slawen dabei betheiligt sind, sie kennen keine allgemeine Wissenschaft und Kunst, sondern nur eine slawische. Daher das Streben, überall slawische Universitäten, Schulen und Theater zu gründen und zugleich deutsche Städten für die Pflege von Kunst und Wissenschaft zu unterdrücken.

Kaiser Franz Josef hatte die Absicht, die Czechen mit den bestehenden staatlichen und völkerrechtlichen Verhältnissen auszusöhnen, ihnen die Möglichkeit zu gewähren, daß sie sich auch national innerhalb zulässiger Grenzen entwickeln könnten. Diese Absicht ist mißverstanden worden, die Czechen verstanden sie so, daß ihnen Gelegenheit geboten werden sollte, nicht nur ein Sonderstaatswesen in Oesterreich aufzurichten, sondern auch panslawistischen Zwecken bahnbrechend und rücksichtslos ihre Kraft zu widmen. Böhmen war auf dem besten Wege, aus dem österreichischen Staatsverbande auszuscheiden und sich als selbstständiger Staat aufzuthun. Da wurde es aber der österreichischen Regierung klar, daß solche Ansprüche nicht geduldet werden könnten, daß es sogar geboten sei, ihnen gegenüber das deutsche Wesen wieder zu Ehren zu bringen. Kaiser Franz Josef hat stets das Streben gehabt, mit allen seinen Völkern in Frieden zu leben, die Czechen machen ihm aber das Leben gar zu schwer.

*

Leipzig, 27. August.

* In unterrichteten Kreisen ist nicht das Mindeste davon bekannt, daß der Gouverneur von Deutschostafrika, Freiherr von Soden, „regierungsmüde" sei. Soweit aus vorliegenden privaten Berichten zu entnehmen ist, scheint auch die Thätigkeit des Gouverneurs eine erfolgreiche und durchaus befriedigende zu sein.

* Die neuerdings laut gewordenen Vermuthungen, daß die Heeresverwaltung im Winter mit irgend erheblichen Mehrforderungen zum Zwecke einer Verstärkung der Artillerie an den Reichstag herantreten werde, dürften sich nicht bestätigen. Auch über die veränderte Organisation der Feldartillerie, bezw. deren Einfügung in den Corpsverband, die mit namhaften Kosten nicht verbunden wäre, sollen endgiltige Beschlüsse noch nicht gefaßt sein.

* Der Gesetzentwurf, betreffend die Bekämpfung des Mißbrauchs geistiger Getränke, dürfte dem Bundesrathe demnächst zugehen und denselben alsbald nach dessen Wiederzusammentritt beschäftigen. Das sächsische Landes-Medicinal-Collegium hat sich über die durch diesen Gesetzentwurf zu regelnde Materie gutachtlich dahin geäußert, daß eine Person für den im Zustande der Bewußtlosigkeit oder krankhafter Störung der Geistesthätigkeit zugefügten Schaden dann verantwortlich gemacht werden sollte, wenn dieser Zustand durch selbstverschuldete Trunkenheit herbeigeführt worden ist. Das Collegium befürwortet, im bürgerlichen Gesetzbuch die Entmündigung Trunksüchtiger unter gewissen Bedingungen für zulässig zu erklären. — Von anderer Seite wird über den Inhalt des Gesetzentwurfes geschrieben: „Der angekündigte Gesetzentwurf, betreffend die Bekämpfung des Mißbrauchs geistiger Getränke, wird sowohl Bestimmungen über die gegen den Trinker zu ergreifenden Maßregeln enthalten, wie auch das Concessionswesen für das Schankgewerbe einer Revision unterziehen. Was den letzten Theil des Entwurfes betrifft, so scheint es in der That unerläßlich, wenn man die Trunksucht bekämpfen will, auch den Verkauf von Spirituosen unter strengere Controle als bisher zu stellen und die Verkäufer, soweit sie eine Mitschuld an der strafbaren Trunkenheit durch übermäßige Verabreichung von Spirituosen trifft, ebenfalls mit zur Verantwortung zu ziehen."

* Der Verband sämmtlicher kaufmännischer Vereine Oberschlesiens richtet eine Immediat-Eingabe an den Kaiser wegen der Brodtheuerung. Die „Kölnische Zeitung" bemerkt zu dieser Mittheilung mit Recht: „Die Unsitte, in politischen Fragen sich unmittelbar an den Kaiser zu wenden, wird immer allgemeiner. Auch der Kaiser kann kein Korn wachsen lassen. Eine Aufhebung der Zölle würde aber höchst wahrscheinlich den Gang der Getreidepreise völlig unberührt lassen."

* Man schreibt aus Baden: Als die Parteileitung der badischen conservativen Partei in den letzten Tagen officiell verkünden ließ, daß sie sich bei den bevorstehenden Landtagswahlen gegen die nationalliberale Partei wenden werde, gaben wir der Ueberzeugung Ausdruck, daß es sich die Anhänger der conservativen Partei im Lande doch reiflich überlegen würden, bevor sie zu Gunsten von ultramontan-demokratisch-socialdemokratischen Wünschen und Zukunftshoffnungen auf die Geltendmachung der staatserhaltenden Grundsätze verzichten. Vielfache Stimmungsberichte, die uns vor jener Wahlerklärung der conservativen Parteileitung aus gutconservativen Kreisen zugegangen waren, ließen keinen Zweifel darüber obwalten, daß weite Schichten conservativ gesinnter Wähler mit der seit Jahresfrist von der gegenwärtigen Parteileitung vertretenen Politik, dem System rücksichtsloser und ungerechtfertigter Anfeindung der nationalliberalen Partei und der vom conservativen Parteiorgan zum Schaden der conservativen Grundsätze den Rassen- und Classenhaß schürenden Kampfesart, nicht einverstanden sind, und als trotz alledem die conservative Parteileitung den Beschluß faßte, die Partei gegen den Nationalliberalismus auszuspielen und dadurch mittelbar zur Stärkung der schärfsten Gegner der conservativen Grundsätze beizutragen, da machte sich bei allen ruhig denkenden Conservativen ein tiefgehender Unmuth bemerkbar. Das erlösende Wort mußte gesprochen werden, und der es endlich laut und treffend sprach, ist kein Geringerer als der frühere Führer der badischen conservativen Partei, Freiherr Ernst August von Göler, derselbe Mann, den das conservative Organ noch vor wenigen Tagen als „einen bewußt positiven und conservativen Mann" feierte und den es sich selbst als eine Stütze seiner Politik erkor. Als wir am 25. Juni darauf hinwiesen, daß die gegenwärtige Parteileitung der badischen Conservativen, nachdem sie aus den Händen der nationalliberalen Partei zwei Reichstagsmandate eingeheimst und es somit nicht mehr nöthig hatte, auf die nationalliberale Partei Rücksicht zu nehmen, „die Maske fallen ließ", da erhob das conservative Organ einen großen Lärm; soeben war es im Begriffe, dem früheren Führer der eigenen Partei eine Maske vors Gesicht zu binden, aber Frhr. v. Göler riß die Vermummung hinweg, in welcher ihn die gegenwärtige conservative Parteileitung zur Erreichung ihrer selbstsüchtigen Zwecke dem Volke vorstellen wollte. Oeffentlich erklärt Herr von Göler, daß er mit der Politik der derzeitigen conservativen Parteileitung nicht einverstanden sei; er belegt diese nicht erst seit gestern datirende tiefgehende Meinungsverschiedenheit mit der Thatsache, daß er seit fast zwei Jahren keinen Artikel für das officielle Organ der conservativen Partei geschrieben, und verurtheilt in bestimmter Sprache und scharfer Form die gegenwärtige Redaction der „Landpost" wegen der künstlichen Schaffung von Gegensätzen. Lange genug hat das conservative Parteiorgan es versucht, die zwischen der Parteileitung und dem überwiegenden Theile der conservativen Partei herrschenden Meinungsverschiedenheiten abzuleugnen; nun ist dieser Vertuschungspolitik, die eine völlige Entfremdung zwischen den nationalliberalen und der conservativen Partei bezweckte, ein Gegner erstanden, der nicht verungimpft werden kann. An der Person des früheren langjährigen Führers der conservativen Partei werden die Schimpfreden der „Landpost" ebenso abgleiten, wie sie uns seither in der Vertheidigung unserer dem Staatswohle nützlichen Grundsätze nicht wankend machen konnten. Auch heute noch, in dem Augenblicke, da von unverfälscht conservativer Seite die Richtigkeit der von uns gegen die gegenwärtige conservative Parteileitung erhobenen Vorwürfe anerkannt wird, kommt es uns nicht in den Sinn, dem conservativen Parteiorgan in der Tonart zu entgegnen, die es uns gegenüber seit Jahresfrist angeschlagen hat. Wir kämpfen nicht mit vergifteten Waffen; der Sache gilt unser Streben, persönliche Gehässigkeiten sind uns fremd. Der nationalliberalen Partei wird die Erklärung des Frhrn. v. Göler keinen ziffernmäßigen Zuwachs bringen; Herr v. Göler und seine politischen Freunde bleiben Conservative, wie wir nach wie vor Nationalliberale sind. Dennoch begrüßt die „Badische nationalliberale Correspondenz" die Erklärung des früheren Führers der badischen conservativen Partei mit aufrichtiger Genugthuung, weil sie die gemäßigt denkende Mehrheit der conservativen Partei von dem Alp des Terrorismus befreit, den die gegenwärtige Parteileitung zum Schaden wahrhaft staatserhaltender Grundsätze auszuüben versucht, und weil sie sich auf den Boden der Ehrlichkeit und Ueberzeugungstreue stellt, von dem aus allein ein ersprießliches Zusammenwirken aller vaterländisch gesinnten Parteien möglich ist. In diesem Sinne begrüßen auch wir in der Erklärung des Freiherrn v. Göler die Anzeichen einer Klärung.

* * *

* Die belgischen Franskillons, welche ihre Franzosenschwärmerei aus Anlaß der russischen Triumphe des Admirals Gervais noch keinen offenen, unverblümten Ausdruck zu geben sich getrauten, schweben angesichts der Portomeuther Festlichkeiten im siebenten Himmel. Der freundschaftliche Empfang des französischen Admirals auf englischem Boden überhebt sie der Besorgniß, des Guten etwas zu viel thun zu können, denn England ist ja der natürlichste Freund und Beschützer der belgischen Neutralität, ergo, wenn die öffentliche Meinung Englands den französischen Flottengästen Schmeicheleien sagt, können die belgischen Franzosenschwärmer ihrer Verehrung für die benachbarte Republik mit ihren „glorreichen" Ueberlieferungen aus dem Zeitalter der „großen" Revolution desto ungenirter freien Lauf lassen. Quod licet Jovi, licet bovi. So ist denn das Liebäugeln mit Frankreich seit Kurzem plötzlich die Lieblingsbeschäftigung der französisch geschriebenen und französisch denkenden Blätter Belgiens sammt ihres ganzen zahlreichen und weit mehr noch einflußreichen Leserkreises geworden.

* Die Nachricht, daß Cardinal Rampolla sein Amt als Staatssecretair des Papstes niederlegen wird, scheint sich zu bestätigen. Selbstverständlich wird bereits viel über den eventuellen Nachfolger in dieser wichtigen Stellung gesprochen. Wie es heißt, kämen nur die kürzlich neuernannten Cardinale Rotelli und Bannutelli, ersterer früherer Nuntius in Paris, letzterer in Lissabon, in Betracht. Die Ernennung Rotelli's werde lebhaft von der französischen Regierung gewünscht und sei auch der Papst demselben als Perugianer sehr geneigt. Bannutelli neigt mehr Oesterreich und den Centralmächten zu, so daß bei der augenblicklich im Vatican herrschenden Stimmung wenig Aussicht für seine Ernennung vorhanden sein dürfte. Auch Monsignore Mocenni, Unterstaatssecretair des Papstes, wird von Einigen als Nachfolger Rampolla's genannt. Doch dürfte dieser gegenüber seinen ihm bereits durch die Ernennung zum Cardinal bevorzugten Nebenbuhler kaum Glück haben. Rotelli und Bannutelli sind beide sowohl an Jahren, als auch in ihrer bischöflichen Würde und diplomatischen Laufbahn jünger als Mocenni; ihre Bekleidung mit dem Purpur hat diesen bereits mit großem Mißbehagen erfüllt. Wie es damals hieß, als es sich um die Ernennung Rotelli's handelte, sei Mocenni auf das nächste Consistorium, welches im Juli stattfand, vertröstet; bekanntlich erfolgte auch dieses Mal seine Ernennung nicht. Der Grund möchte darin zu suchen sein, daß Monsignore Mocenni sehr deutschfreundlich gesinnt ist und der versöhnlichen Partei angehört.

* Der Pariser Correspondent der „Times" will aus einer angeblich vertrauenswürdigen Quelle erfahren haben, daß der Admiral Gervais nach Kronstadt ein die chinesischen Angelegenheiten betreffendes Document überbracht habe, nach welchem im Falle einer in China eintretenden Volkserhebung gegen die Ausländer Frankreich und Rußland ihre Kohlenvorräthe theilen und ihre östlichen Grenzen mit Truppen besetzen sollten. Außerdem würde Frankreich der griechisch-orthodoxen und Rußland der katholischen Propaganda keinen Widerstand entgegensetzen. Der Correspondent giebt zu, daß diese Mittheilungen einen überaus abenteuerlichen und an „Tausend und Eine Nacht" erinnernden Charakter trügen; übrigens seien dieselben in einer ihm nicht völlig bekannten fremden Sprache niedergeschrieben worden.

* Die französischen Blätter veröffentlichen eingehende Berichte über die russenfreundlichen Demonstrationen, die aus Anlaß der bereits telegraphisch signalisirten Ankunft des Generals Obrutschew in Bergerac stattfanden. Der Enthusiasmus schlug derartig hohe Wellen, daß man sich fragen kann, wie beim Empfange eines russischen Großfürsten oder gar des Zaren selbst eine Steigerung möglich wäre. Civil- und Militairbehörden erwarteten den General auf dem Bahnhofe und empfingen ihn mit dem Rufe: Vive la Russie! Vive le Tsar! Vive la famille impériale! Der Ruf: Vive la république! wurde nirgends vernommen; nur der General Obrutschew erachtete es für seine Pflicht, Vive la France! zu rufen. Der Oberst des 108. Infanterie-Regiments, der mit seinen Officieren den russischen General empfing, lud ihn sogleich nach dem Casino ein, während junge Mädchen der Stadt ihm ein prachtvolles Bouquet überreichten. Der General mußte dann an der Spitze eines aus allen Elementen der städtischen Bevölkerung zusammengesetzten Zuges sich nach der Mairie begeben, woselbst sich die Scenen vom Bahnhofe in derselben Weise wiederholten. Hier wurde dem russischen General ein Ehrenwein dargebracht, und der Maire brachte ein Hoch auf die Gesundheit des Zaren und des Generals Obrutschew aus, worauf General Obrutschew mit den Worten dankte: „Je bois à tous les soldats français. Vive la France!" Die Reihe der russenfreundlichen Ovationen war damit nicht erschöpft, wohl aber der russische General, der, als er denn auch noch in feierlichem Zuge nach dem Jardin public geführt werden sollte, um dort zu paradiren, am Eingange des Gartens um die Erlaubniß bat, sich zurückziehen zu dürfen, worauf er sich endlich in sein Hotel begab. Der russische Jubel nimmt in Frankreich solche Dimensionen an, daß es den Franzosen selbst anscheinend schwer fällt, zum Worte zu kommen. Der Pariser Correspondent der „National-Zeitung" telegraphirt in dieser Hinsicht:

Paris, 25. August. Die telegraphisch signalisirte Erzählung der Journale über den Vorfall im Tuilerien-Garten, welche seit gestern zu einer regierungsseitigen Deutschenhetze Veranlassung gegeben hat, stellt sich als vollständig erlogen heraus. Niemand hat „Nieder mit Frankreich!" oder „Hoch Deutschland!" geschrieen, kein Deutscher war an dem Vorfalle betheiligt. Ein französischer Arbeiter Namens Leboi hat vielmehr, als die Jubelnden die Musik der russischen Hymne verlangten, dagegen protestirt und die Marseillaise reclamirt, sowie laut seine Ansicht ausgedrückt, die Franzosen seien noch nicht Unterthanen des Zaren, worauf er insultirt, angegriffen, von der Menge verfolgt und schließlich durch die Polizei gerettet wurde.

* Aus Petersburg, 25. August, wird geschrieben: Während das Ausland bezweifelt, daß das russische Roggenausfuhrverbot durch die Nothlage im Innern des Landes hervorgerufen sei, mehren sich hier mit jedem Tage ungünstige Meldungen aus den verschiedensten Theilen des Reiches. Ueber die Roggenvorräthe Rußlands kann man immerhin verschiedener Meinung sein, doch die Größe des Nothstandes der Bevölkerung bezweifelt, hieße die Augen vor Thatsachen verschließen. Hier ist es kein Geheimniß mehr, daß der Finanzminister Wyschnegradsky sich in großer Sorge be-